

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**1. Sitzung des Ausschusses für Soziales (konstituierende Sitzung)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.07.2023
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Sitzungsort:	Marli GmbH, Fortbildungsraum KIEL, Carl-Gauß-Str. 13 - 15, 23562 Lübeck

**Anwesende Mitglieder****Vorsitz**

Renate Prüß - SPD &amp; FW

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Michelle Akyurt - CDU

Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU

Andreas Müller - LINKE &amp; GAL Fraktionsvorsitzender

Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende

Gregor Voht - SPD &amp; FW

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Sandra Odendahl - SPD &amp; FW

bis TOP 4.2 ; 18:00 Uhr

Gabriele Gröschl-Bahr - SPD &amp; FW

Rainer Holtz - AfD

Madita Liza Jürk - Unabhängige Volt-PARTEI

Delf Kröger - CDU

Max Manegold - FDP

Volker Nehrhoff - CDU

Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Burghard Speckmann - SPD &amp; FW

ab TOP 4.2 in Vetre. für Odendahl;  
18:00 Uhr**Beiratsmitglieder**

Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen

**Verwaltung**

Björn Bär - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften

bis Top 3.1; 17:45 Uhr

Daniel Blank - FBC FB 2

Dr. Jens Ilse - 2.000 Stabstelle Ehrenamtskoordination	bis TOP 3.2; 17:54 Uhr
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	nur öffentlicher Teil
Anke Seeberger - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Ralf Kuschnierz - FBC FB 2	nur öffentlicher Teil
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	nur öffentlicher Teil
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 - Gesundheitsamt	bis TOP 7.1; 19:30 Uhr
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
René Bornmann - Diakonie Nord Nord Ost	bis Top 7.1; 20.10 Uhr
Kai Noetzelmann - Marli GmbH	nur öffentlicher Teil
Christian Saar - Jobcenter Lübeck	
Friedemann Ulrich - Vorwerker Diakonie	Bis TOP 7.1; 20:10 Uhr
Andrej Frank - AfD	
Ivo Zsiros - Unabhängige Volt-PARTEI	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Carola Köster - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Nil Gersdorf - CDU	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
1.1	Begrüßung durch die Marli GmbH	
1.2	Vorstellung des Fachbereiches 2 -Wirtschaft und Soziales der Hansestadt Lübeck	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.05.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand "Weiterbetrieb HGH"	
3.2	Antwort auf die Anfrage von AM Michelle Akyurt (CDU): Fragen nach der Erschließung des Potentials von Flüchtlingen für den Arbeitsmarkt aufgrund des Fachkräftemangels	<b>VO/2023/12082-01</b>
3.3	Sachstand Billigkeitsrichtlinie	
4	Berichte	
4.1	Vorstellung der Marli GmbH	
4.2	Heiligen-Geist-Hospital - Zukunftsperspektiven	
4.3	Prüfantrag kostenfreie Perioden-Hygieneartikel	<b>2022/10995-01-01</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Beschluss über die Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Begegnungsstätte "Mühle 77" in der Trägerschaft der Diakonie Nord Nord Ost (DNNO)	<b>VO/2023/12211</b>
5.2	Vorlage zur 2. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck	<b>VO/2023/12244</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erstellung eines Konzeptes zur Einführung von Housing First Projekten	<b>VO/2023/12143</b>
7.2	Dringlichkeitsantrag: AM Voht + AM Gröschel-Bahr: Miet-	<b>VO/2023/12365</b>

	wohnungen schützen in St. Lorenz und ganz Lübeck!	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Die Vorsitzende Frau Prüß begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die Vorsitzende stellt sich dem Ausschuss und den Vertreter:innen der Verwaltung kurz vor.

Die Vorsitzende verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Sandra Odendahl, Frau Gabriele Gröschl-Bahr, Frau Daniela Schindler, Frau Madita Jürk, Herrn Rainer Holtz, Herrn Volker Nehrhoff, Herrn Max Manegold, Herrn Delf Kröger und Herrn Burghard Speckmann mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Sie schlägt vor, die TOP 3.1 und 4.2 zusammen zu beraten.

Ferner verweist sie auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag mit der VO 12365, zu dem Herr Voht die Dringlichkeit begründet.

Herr Dr. Grohmann verlässt von 16:09 Uhr bis 16:11 Uhr den Sitzungsraum.

Frau Akyurt meldet Bedenken zur Dringlichkeit an und findet den Antrag nicht gut vorbereitet.

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Ja-Stimmen 13  
Enthaltungen 1  
Nein-Stimmen 0

Damit ist die Dringlichkeit mehrheitlich beschlossen worden.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen:

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich die Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil.

Ferner werden die Verwaltungsmitarbeitenden Frau Schwartz, Herr Blank und Frau Timmermann zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil vorgeschlagen. Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, dass die Teilnahme zugelassen wird.

Die Vorsitzende lässt abschließend über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

### **zu 1.1 Begrüßung durch die Marli GmbH**

Herr Nötzelmann begrüßt die Anwesenden zur Sitzung in der Räumlichkeiten der Marli GmbH.

## **zu 1.2 Vorstellung des Fachbereiches 2 -Wirtschaft und Soziales der Hansestadt Lübeck**

Frau Senatorin Steinrücke führt aus, dass die Bereiche sich dem Ausschuss mit einer kleinen Präsentation vorstellen werden.

Die jeweiligen Leitungen Frau Schwartz (Bereich Soziale Sicherung) und Herr Wulf (Stellvertreter), Herr Dr. Mischnik (Bereich Gesundheitsamt), Herr Dr. Ilse (Stabsstelle Ehrenamt), Frau Seeberger (Stabsstelle Integration) und Herr Wadehn (Werkleiter SIE) stellen sich und ihre Bereiche vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.05.2023**

Die Vorsitzende erfragt, ob es Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.05.2023 gibt. Herr Voht stellt klar, dass in der Anwesenheitsliste bereits die nach der Kommunalwahl neu gebildeten Fraktionen den Teilnehmenden zugeordnet wurden.

(Anmerkung der Protokollführung: Grund hierfür sind technische Probleme; die Anwesenheitsliste in der Niederschrift wird korrigiert.)

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift mit der angekündigten Korrektur abstimmen.

Die Niederschrift wird mit 14 Ja- Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

Die Niederschrift ist in der geänderten Fassung festgestellt.

## **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

### **zu 3.1 Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand "Weiterbetrieb HGH"**

Hier erfolgt die Beratung mit TOP 4.2 zusammen.

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und verweist auf den Bericht, der in der Bürgerschaftssitzung am 29.06.2023 vorlegen hat. Sie berichtet, dass ein weiterer Bericht für die Augustsitzung der Bürgerschaft in Arbeit ist. Die Federführung liegt hierbei aber im Fachbereich 5.

Ferner berichtet sie davon, dass in dieser Woche noch ein Treffen mit den Bewohnenden und Angehörigen des HGHs stattfinden wird.

Frau Siegenbrink erfragt, was seit der Bürgerschaftssitzung bereits unternommen wurde.

Frau Steinrücke berichtet, dass der Bereich SIE den Angehörigen-/Bewohnendenabend vorbereitet hat und zudem juristischer Rat in der Frage einholt, wann ggf. die Kündigungen auszusprechen seien.

Herr Bär erklärt als Vertreter des Vermieters der SIE, dass Gespräche mit dem GMHL stattgefunden haben, in denen zwei Fragen zu klären sind: Umsetzung des Handlungskonzeptes und Ertüchtigung und Weiterbetrieb des HGH für die nächsten 40 Jahre.

Das Ergebnis wird ein Zeitplan mit den finanziellen Auswirkungen sein, welcher in der Sitzung der Bürgerschaft im August vorgelegt werden wird.

Er berichtet weiterhin, dass bereits vor der Bürgerschaftssitzung Termine mit der Stiftungsaufsicht stattgefunden haben und ein Gutachten zur Erhaltung des HGH erstellt wird.

Frau Akyurt begrüßt die Erstellung eines Gutachtens und erfragt, ob konkret bereits etwas beauftragt wurde.

Hierzu sprechen auch Herr Voht und Frau Siegenbrink.

Herr Bär verweist auf das Vergabeverfahren, dass nach dem Vergaberecht erforderlich wird und macht deutlich, dass man ein Vergabeverfahren erst betreiben kann, wenn die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen gesichert sind. Diese Gelder wurden erst jetzt mit dem Beschluss der Bürgerschaft von der Hansestadt Lübeck der Stiftung HGH zugesagt.

Frau Senatorin Steinrücke betont, dass es eine katastrophale Situation insbesondere für die Bewohnenden sowie für die Mitarbeitenden der Einrichtung ist und man die Menschen im Fokus behalten muss.

Die Zuschauerin Frau Probst erbittet das Wort und der Ausschuss erteilt ihr nach der Abstimmung mit Einstimmigkeit das Rederecht.

Frau Probst plädiert für den Weiterbetrieb und verweist auf das gute kühle Raumklima im HGH, u.a. aufgrund der Mauerstärke. Weiter behauptet sie, dass in anderen Heimen die Brandmeldeanlagen ebenfalls abgängig bzw. nicht ausreichend wären.

Herr Wadehn stellt klar, dass jüngst Brandschutzbegehungen in allen Häusern stattgefunden haben und die Aussage nicht zutrifft.

Frau Sasse verlässt von 18:31 Uhr bis 18:35 Uhr den Saal.

Die Zuschauerin Frau Alheid erbittet das Wort und der Ausschuss erteilt ihr einstimmig das Rederecht. Sie erinnert an den 1. Runden Tisch HGH und die Aussage, dass das HGH weiter im Betrieb bleiben soll und erneut ihren Appell.

Herr Bär betont, dass auch die Stiftungsverwaltung großes Interesse hat, dass das HGH weiter betrieben wird.

Die Vorsitzende beendet den Tagesordnungspunkt mit einer abschließenden Zusammenfassung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<p><b>zu 3.2    Antwort auf die Anfrage von AM Michelle Akyurt (CDU): Fragen nach der Erschließung des Potentials von Flüchtlingen für den Arbeitsmarkt aufgrund des Fachkräftemangels</b> <b>Vorlage: VO/2023/12082-01</b></p>
---

Frau Akyurt bedankt sich für das umfangreiche Zahlenmaterial und die Antwort.

Herr Saar führt ergänzend dazu aus, dass man von zwei verschiedenen Personenkreisen ausgehen muss. Zum einen Fachkräfte, die aufgrund einer Flucht zu uns kommen und dann die Fachkräfte, die gezielt angeworben werden.

Er bietet an, hierzu mit der Arbeitsagentur zusammen etwas aufzubereiten und in einer der folgenden Sitzung vorzutragen.

Hierzu sprechen Frau Jürk, Frau Akyurt, Frau Senatorin Steinrücke, Frau Gröschl-Bahr und Herr Nehrhoff.

**Beschluss:**

Anfrage von AM Michelle Akyurt (CDU) im Ausschuss für Soziales am 04.04.2023:

„Zum Thema Erschließung des Potentials von Flüchtlingen für den Arbeitsmarkt aufgrund des Fachkräftemangels stelle ich folgende Fragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung:  
Thema Sprachkurse:

1. Wie viele Flüchtlinge haben an Sprachkursen/Integrationskursen/berufsfördernden Sprachkursen seit 2019 teilgenommen? Bitte Angaben sortiert nach Jahren, Geschlecht, Herkunft, Altersgruppen und Anbieter.
2. Wie viele Flüchtlinge haben erfolgreich diese Sprachkurse absolviert? Bitte Angaben aufgliedert wie in Frage 1.
3. Wie viele Flüchtlinge schaffen die Abschlussprüfung trotz Ablegens der Prüfung nicht? Was sind die Gründe hierfür? Bitte Angaben aufgliedert wie in Frage 1.
4. Wie viele Flüchtlinge brechen Sprachkurse ohne Ablegen der Prüfung vorzeitig ab? Was sind die Gründe hierfür?

Thema Jobvermittlung:

1. Wie viele arbeitssuchende Flüchtlinge sind beim Jobcenter Lübeck seit 2019 gemeldet?
2. Wie viele arbeitssuchende Flüchtlinge sind seit 2019 erfolgreich in Arbeit vermittelt worden?
3. Wie viele arbeitssuchende Flüchtlinge sind seit 2019 nicht erfolgreich in den Arbeitsmarkt vermittelt worden? Was sind die Gründe für ein Scheitern?

Thema berufliche Anerkennung:

1. Wie läuft die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen in Lübeck ab? Welche Stellen sind an den Verfahren beteiligt?
2. Wie viele Berufsanerkennungen sind seit 2019 erfolgreich durchgeführt worden?
3. In welchen Berufen sind Berufsanerkennungen in Lübeck seit 2019 bereits erfolgreich durchgeführt worden?
4. Wie viele Berufsanerkennungen sind seit 2019 nicht erfolgreich durchgeführt worden?
5. In welchen Berufsfeldern sind die Berufsanerkennungen nicht erfolgreich durchgeführt worden?
6. Was sind die Gründe für das Scheitern?
7. Gibt es entsprechende Angebote für Nachqualifizierungen in Lübeck? Wenn ja, sind diese kostenpflichtig und wer trägt die Kosten?
8. Welche Angebote für Nachqualifizierungen fehlen?“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 3.3 Sachstand Billigkeitsrichtlinie

Frau Schwartz gibt einen Zwischenbericht zur Billigkeitsrichtlinie.

Herr Müller-Lornsen verlässt von 17:55 Uhr bis 18:00 Uhr den Sitzungssaal.

Frau Akyurt erfragt die einzelnen Antragstellenden und Frau Schwartz verweist hierzu auf die Möglichkeit, im nichtöffentlichen Teil dazu zu berichten.

Herr Dr. Grohmann verlässt von 18:00 Uhr bis 18.05 Uhr den Sitzungssaal.

Frau Odendahl verlässt um 17:55 Uhr die Sitzung und wird von Herr Speckmann ab TOP 4.1 vertreten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 4 Berichte

#### zu 4.1 Vorstellung der Marli GmbH

Herr Nötzelmann trägt die Geschichte/Entstehung der Marli GmbH vor. Er möchte zu zwei großen Themen den Ausschuss informieren.

Zum Thema Wohnen berichtet er, dass die Marli GmbH 157 Wohnplätze für Menschen mit Behinderungen hat und dass noch weitere geeignete Wohnungen gesucht werden. Es ist ein Modelprojekt u.a. in Moisling geplant, aber die Umsetzung ist aufgrund der fehlenden Anpassung der Rechtsprechung an die gesetzlichen Vorgaben sehr schwierig.

Zum Thema Werkstatt und Werkstatt-Mitarbeitende führt er aus, dass alle Werkstattarbeitsplätze inklusiv sind. Er berichtet von der Suche nach Unternehmen, die Menschen mit Behinderung einstellen.

Er gibt zu bedenken, dass bei einer Werkstattschließung, diese Mitarbeitenden die Tätigkeit und damit auch die Teilhabe an der Gesellschaft verlieren.

Er stellt auch dar, dass das Lohngefüge nicht passend ist, denn die Menschen mit Behinderungen erhalten keinen Mindestlohn, da es auch hier gesetzliche Barrieren gibt. Behinderte befinden sich formal in arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungsverhältnissen.

Frau Siegenbrink verlässt den Sitzungssaal von 18:12 Uhr bis 18:15 Uhr

Abschließend dankte er dem Ausschuss für die Gelegenheit, dieses im Rahmen einer Sitzung vortragen zu dürfen und freut sich, dass der Ausschuss die Marli GmbH besucht hat.

Er wünscht dem Ausschuss ein gutes Händchen für die Wahlperiode und hofft auf ein gutes gemeinsames Wirken.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### zu 4.2 Heiligen-Geist-Hospital - Zukunftsperspektiven

Wurde bei TOP 3.1 mit beraten

#### zu 4.3 Prüfantrag kostenfreie Perioden-Hygieneartikel Vorlage: 2022/10995-01-01

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Dr. Mischnik, Herr Dr. Grohmann, Frau Sasse, Frau Jürk und Frau Gröschl-Bahr.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Auftrag aus der Bürgerschaft vom 25.08.2022, VO/2022/10995

Empfehlung des Ausschusses für Soziales vom 07.06.2022, VO /2022/10995-01, betr. Überweisungsantrag der Fraktion FDP an die Bürgerschaft den Antrag anzunehmen.

Die Verwaltung der Hansestadt Lübeck möge bis Mai 2022 prüfen, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen in folgenden Einrichtungen kostenfreie Perioden-Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden können:

1. In den sanitären Anlagen städtischer Schulen, Berufsbildungszentren und Förderzentren
2. In öffentlichen Gebäuden der Hansestadt Lübeck
3. In Angeboten der offenen Jugendarbeit und Jugendhilfe
4. In Angeboten der Wohnungslosenhilfe
5. In Einrichtungen zur Beratung von Frauen.

Bei der Prüfung werden Bedarf, Finanzierung und die Umsetzbarkeit an den entsprechenden Standorten berücksichtigt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gem. Antrag zu entscheiden.

**zu 5      Beschlussvorlagen**

**zu 5.1      Beschluss über die Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Begegnungsstätte "Mühle 77" in der Trägerschaft der Diakonie Nord Nord Ost (DNNO)  
Vorlage: VO/2023/12211**

Hierzu sprechen Herr Voht, Herr Dr. Grohmann, Herr Müller-Lornsen und Frau Senatorin Steinrücke.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Die Sitzung wird von 18.30 Uhr bis 18.40 Uhr unterbrochen.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Begegnungsstätte „Mühle 77“ in Trägerschaft der Diakonie Nord Nord Ost (DNNO) in Form einer kommunalen Zuwendung im Rahmen der freiwilligen Zuschüsse sicherzustellen

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt mehrheitlich der Bürgerschaft gemäß Antrag zu entscheiden.

**zu 5.2 Vorlage zur 2. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck  
Vorlage: VO/2023/12244**

Frau Schwartz berichtet aus der Historie zu diesen Gebühren in den Übergangwohnheimen und begründet die Notwendigkeit.

Hier zu sprechen Frau Siegenbrink, Herr Kewitz und Herr Müller, der es unredlich empfindet, dass für Übergangwohnheime eine Miete erhoben wird, da es keine Wohnungen sind und die Menschen gezwungen sind dort zu wohnen, weil es eben auch keinen Wohnraum gibt.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Die als Anlage 3 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt mehrheitlich der Bürgerschaft gemäß Antrag zu entscheiden.

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erstellung eines Konzeptes zur Einführung von Housing First Projekten  
Vorlage: VO/2023/12143**

Herr Müller-Lornsen erläutert den Antrag und bittet den Ausschuss um Zustimmung.  
Herr Kewitz stellt anhand einer Power Point Präsentation dar, welche entsprechenden Hilfsangebote in Lübeck bereits vorhanden sind.

Herr Dr. Mischnik verlässt von 18:12 Uhr bis 18.18 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Ulrich und Herr Bornmann stellen die Zahlen vor, wieviel Ratsuchende sich in diesem Kontext an die DNNO gewandt haben und in welchem Rahmen hier Hilfen erfolgen konnten.

Auf Nachfrage von Herrn Manegold berichtet Herr Kewitz von einer 98 % Auslastung der Unterkünfte und verweist darauf, dass es im Winter ein Notprogramm gibt.

Herr Speckmann verlässt die Sitzung um 19:17 Uhr.

Herr Ulrich berichte ferner von der guten Zusammenarbeit mit Lübecker Wohnungsunternehmen, die im Winter eine 8-Zimmerwohnung kostenfrei zur Verfügung gestellt haben, um dem erhöhten Bedarf im Winter begegnen zu können.

Frau Akyurt sieht im Housing First eine gute Erweiterung des bereits bestehenden Angebotes und erklärt die für CDU, mit auf diesen Antrag raufzugehen.

Im Weiteren sprechen Herr Müller, Herr Kewitz, Frau Gröschl-Bahr, die vorschlägt, eine interfraktionelle Projektgruppe aus Vertretern der Politik, Verwaltung und den in diesem Bereich erfahrenden Akteuren einzuberufen.

Herr Dr. Mischnik verlässt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Weiter sprechen Frau Siegenbrink, Frau Jürk, Herr Zsiros, Frau Senatorin Steinrücke, Herr Wulf, Herr Müller und Frau Akyurt.

Herr Ulrich berichtet abschließend, dass es Förderrichtlinien hierzu gibt, aber dafür eben auch stadtnahe gute Grundstücke benötigt werden.

Die Vorsitzende lässt über den neuen Antrag abstimmen, der wie folgt lautet:

Es wird eine interfraktionelle Projektgruppe durch die Verwaltung einberufen, deren Teilnehmende aus der Verwaltung, den Fraktionen sowie den erfahrenen Träger:innen auf diesem Gebiet besteht.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Einrichtung dieser interfraktionellen Projektgruppe.

Herr Müller-Lornsen stellt den Antrag zur Vertagung des Antrags, um der interfraktionellen Projektgruppe die Gelegenheit der Befassung zu geben.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Müller-Lornsen abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig vertagt.

Herr Ulrich, Herr Kewitz sowie Herr Bornmann verlassen die Sitzung um 20.10 Uhr.

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird aufgefordert, der Bürgerschaft spätestens bis zur Haushaltssitzung im September 2023 aufbauend auf den Erfahrungen der Diakonie Nord Nord Ost ein Konzept zur Einführung von Housing First zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit in Lübeck vorzulegen.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

<b>Abstimmungsergebnis</b>	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.2 Dringlichkeitsantrag: AM Voht + AM Gröschel-Bahr: Mietwohnungen schützen in St. Lorenz und ganz Lübeck!  
Vorlage: VO/2023/12365**

Herr Voht begründet den Antrag und verweist auf die hier gebotene Eile des Handelns. Der Appell richtet sich hier an den Bürgermeister mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln/Werkzeugen den Wohnraum zu schützen.

Frau Akyurt begrüßt den Antrag auf Erhalt des Wohnraums und alle Maßnahmen zu Verbesserung des Mieterschutzes, sieht aber hier die vorrangige Zuständigkeit des Bauausschusses.

Herr Müller sieht ebenfalls die Zuständigkeit beim Bauausschuss, dieser müsste aber zeitnah tagen, andernfalls würde er diesem Antrag zustimmen.

Herr Voht und Frau Gröschl-Bahr stellen nochmal dar, dass die Aussagen vom Rechtsamt und der Bauordnung, die Herr Lötsch eingeholt hat und den Ausschussmitgliedern kurz vor der Sitzung zugemailt wurden, sehr vage sind. Zudem wird berichtet, dass bereits jetzt schon Kleinbusse vor den entsprechenden Immobilien mit Kaufinteressenten zu sehen sind.

Herr Müller-Lornsen erklärt, dass der Anstoß des Themas gut ist, aber hier der falsche Ort dafür ist.

Frau Vorsitzende Prüß wirbt ebenfalls für die Zustimmung des Antrags.

Frau Jürk weist noch mal auf die Eile und der unmittelbar bevorstehenden Sommerpause hin, die eine zeitnahe Sitzung des Bauausschusses unwahrscheinlich macht.

Frau Siegenbrink erläutert nochmals, dass der Fachausschuss hierfür der Bauausschuss ist.

Frau Akyurt stellt folgenden Antrag für die CDU:

**„Der Sozialausschuss appelliert an den Vorsitzenden des Bauausschusses zeitnah eine Sitzung einzuberufen mit der Maßgabe der Befassung des Antrags mit der Ergänzung „Soziale Erhaltungsstatus“ aufzustellen. Anträge auf Umwandlung Ferienwohnungen werden bis zur Befassung zurückgestellt.“**

Herr Müller-Lornsen erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese dem Antrag beitreten.

Die Vorsitzende lässt über den von Frau Akyurt im obigen Wortlaut verlesenen Antrag abstimmen.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

<b>Abstimmungsergebnis</b>	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der obige Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Im Anschluss lässt die Vorsitzende über den auf der Tagesordnung stehenden Antrag von AM Voht und Gröschl-Bahr in der vorliegenden Fassung abstimmen.

Anmerkung des Bereiches Recht:

*Da zu diesem TOP zwei Beschlüsse gefasst wurden und es unklar ist, ob der zeitlich zuerst gefasste Beschluss eine Änderung des nachfolgenden Beschlusses darstellt, mit der Folge, dass über den ursprünglichen Antrag gar nicht mehr hätte entschieden werden dürfen, ist anzumerken, dass der zweite Beschluss, gerichtet an den Bürgermeister keine verbindliche Wirkung entfalten kann. Ob der Bürgermeister eine Eilentscheidung nach § 65 Abs. 4 GO trifft, ist von ihm in eigener Entscheidungskompetenz unter Heranziehung der in § 65 Abs. 4 GO genannten Voraussetzungen zu prüfen. Hierbei hat er zu beachten, dass für Entscheidungen über die Aufstellung von Bebauungsplänen gemäß Zuständigkeitsordnung der Bauausschuss zuständig ist und eine Eilentscheidung des Bürgermeisters nur in Betracht kommt, wenn der zuständige Ausschuss nicht rechtzeitig über die Angelegenheit entscheiden kann. Dem Sozialausschuss fehlt dagegen jegliche Kompetenz, dem Bürgermeister insoweit fachliche Weisungen zu erteilen. Der Beschluss gerichtet an den Bürgermeister ist daher – und im Hinblick auf den vorangegangenen Beschluss, der sich an den Vorsitzenden des Bauausschusses richtet – dahingehend auszulegen, den Bürgermeister zu bitten, eine Eilentscheidung zu prüfen und ggf. zu treffen, für den Fall, dass der insoweit zuständige Bauausschuss keine rechtzeitige Entscheidung hierzu trifft.*

**Beschluss:**

Der Ausschuss möge beschließen, dass der Bürgermeister wird aufgefordert wird:

1. die Aufstellung von Bebauungsplänen für die in der Anlage 1 und 2 umgrenzten Bereiche entlang der Artlenburger Straße und der südlichen Bornhövedstraße sowie die Änderung der Bebauungspläne 03.56.00, 04.06.00 und 04.07.00 für die in den Anlagen 3, 4 und 5 umgrenzten Bereiche durch Eilentscheidung gemäß § 55 Abs. 4 der Gemeindeordnung anzuordnen. Die Geltungsbereiche sind ggf. gemäß fachlicher Einschätzung des Bereichs Stadtplanung und Bauordnung anzupassen. Ziel der Bebauungspläne ist jeweils der weitgehende Ausschluss von gewerblichen Ferienwohnungen, um insbesondere die zunehmende Umwandlung von Wohnungen in Ferienwohnungen zu verhindern.
2. Die Aufstellungsbeschlüsse sind gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der obige Antrag wird ebenfalls mehrheitlich angenommen.

**zu 8      Verschiedenes**

Die Vorsitzende berichtet, dass für den Ausschuss noch ein weiterer Sitzungstermin für Mittwoch, den 11.10.2023 im Verwaltungszentrum Mühlentor um 17.30 Uhr stattfinden wird, da viele Themen zu bewegen sind und im Oktober sonst keine Sitzung stattfinden könnte.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Die Vorsitzende schließt um 20:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 20:16 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 20:21 Uhr.

Lübeck, den 31. August 2023

Frau Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Frau Gitte Timmermann  
Protokollführung